



die klima-allianz

GREENPEACE



Deutsche Umwelthilfe

campact!
DEMOKRATIE IN AKTION .de



Offener Brief Deutscher Umweltverbände und der Klima-Allianz an die Teilnehmer der gemeinsamen Vorstandssitzung von CDU und CSU am 28. Juni 2009 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie wollen sich in Ihrem Regierungsprogramm für 2009-2013 zur „Bewahrung der Schöpfung und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ bekennen. Sie bekräftigen das Ziel, die durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation zu begrenzen und wollen, dass Deutschland und Europa dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die unterzeichnenden Umweltverbände nehmen Sie beim Wort und fordern Sie auf, den Menschen im Land die Wahrheit zu sagen: Um diese Ziele zu erreichen, müssen die globalen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 mindestens halbiert werden. Wegen des berechtigten Anspruchs der Entwicklungsländer auf ökonomische Entwicklung bedeutet dies, dass die heutigen Industriestaaten ihre Emissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren müssen. Der Weg dorthin wird die Volkswirtschaften vor größte Herausforderungen stellen. Mit einem „Weiter-So“ ist dies nicht zu machen.

Zu Recht hat der Bundespräsident in seiner letzten Berliner Rede von der Notwendigkeit einer „ökologisch industriellen Revolution“ gesprochen. Diese „Revolution“ bleibt aus und die in ihr liegenden Chancen werden verspielt, wenn Sie weiterhin in Ihrem Energieprogramm auf Atom und Kohle setzen.

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren

Die Erneuerbaren Energien sind dabei, Schritt für Schritt die Energieversorgung zu übernehmen. Vor 10 Jahren wurden sie noch belächelt. Heute decken sie in Deutschland bereits über 15 Prozent der jährlichen Stromversorgung. Wie schnell der schrittweise Übergang zu den Erneuerbaren gelingt, hängt maßgeblich davon ab, ob wir den übrigen Kraftwerkspark an die stark schwankenden Einspeisungen von vor allem Windstrom anpassen. Schon heute decken die Erneuerbaren bei starkem Wind bis zu drei Viertel der deutschen Stromnachfrage ab. Dieser Strom hat Vorfahrt in den Leitungsnetzen. In diesen Zeiten geraten Atom- und Kohlekraftwerke stark unter wirtschaftlichen Druck. Sie müssen ihre Stromproduktion drosseln oder – wie zunehmend an der Börse zu beobachten – sogar dafür bezahlen, dass ihr Strom abgenommen wird. Denn die mangelnde Flexibilität des übrigen Kraftwerksparks führt schon heute immer häufiger zu negativen Strompreisen. Diese Tendenz verstärkt sich. Wir müssen das Speicherproblem zwar umgehend angehen, werden es aber voraussichtlich bis 2020 nicht lösen. Wachsende Mengen von Windstrom erfordern daher unausweichlich eine Flexibilisierung des übrigen Kraftwerksparks. Als Übergangstechnologie brauchen wir daher flexible Gaskraftwerke. Nicht mehr Gas, aber mehr Gaskraftwerke, die immer dann einspringen, wenn der Wind nicht weht.

Zu Recht hat der „Sachverständigenrat für Umweltfragen“ der Bundesregierung vor wenigen Wochen festgestellt: „Deutschland steht vor einer Systementscheidung. Der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien ist mit hohen Anteilen von Kohle oder Kernkraft an der Stromversorgung nicht vereinbar.“

Sackgasse Laufzeitverlängerung

Wir nehmen zur Kenntnis, dass auch CDU und CSU den Neubau von Atomkraftwerken inzwischen ablehnen. Wer keine neuen Kernkraftwerke baut, steigt aus der Technik aus und kann nicht mehr glaubwürdig von „Renaissance“ reden.

Als Gründe für eine Laufzeitverlängerung der 17 Altreaktoren führen Sie den Klimaschutz an. Dabei verschweigen Sie der Öffentlichkeit, dass eine Laufzeitverlängerung der 17 verbliebenen deutschen Atomkraftwerke unter den Bedingungen des EU-Emissionshandels überhaupt keinen Einfluss auf den Klimaschutz haben kann. Denn die bis 2020 EU-weit festgelegte Obergrenze erlaubter CO₂-Emissionen ist gleichzeitig auch die Untergrenze. 2020 werden in Europa Emissionszertifikate für 1.720 Mio. Tonnen CO₂ an Energiewirtschaft und Industrie versteigert bzw. ausgegeben. Jede Tonne CO₂, die wegen eines Weiterbetriebs deutscher Atomkraftwerke über die EU-Zielvorgaben hinaus eingespart würde, wird dann anderswo in Deutschland oder einem anderen EU-Land zusätzlich emittiert.

Eine Laufzeitverlängerung würde allerdings

- ◆ *den weiteren Ausbau der Erneuerbaren massiv behindern*
- ◆ *das Wachstum dieser jungen Branche ausbremsen, die geschaffenen Arbeitsplätze gefährden und Unternehmen ins Ausland treiben*
- ◆ *das Atommüllproblem vergrößern, bei dessen Lösung nicht einmal eine Große Koalition in vier Jahren auch nur einen Schritt vorangekommen ist*
- ◆ *der Bevölkerung das Risiko eines Weiterbetrieb gerade der ältesten, unsichersten und am wenigsten gegen Terrorangriffe geschützten Reaktoren aufzwingen*
- ◆ *und deshalb auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen!*

Klimahypothek Kohle

Eine notwendige Verminderung der Treibhausgase um 80 bis 95 Prozent bis 2050 steht in einem unauflösbaren Widerspruch zum Neubau von konventionellen Kohlekraftwerken. Werden in Deutschland jetzt noch weitere konventionelle Kohlekraftwerke zugebaut, stehen wir auf mittlere Sicht vor der unausweichlichen Alternative, die Klimaziele aufzugeben oder diese Kraftwerke vorzeitig außer Betrieb zu nehmen.

Von den derzeit existierenden 250 Großkraftwerken in Deutschland, werden die meisten mit Kohle befeuert. Kohle wird daher auch ohne neue Kraftwerke mittelfristig noch einen Beitrag zur Stromversorgung liefern. Wir stehen vor der Aufgabe diese Klima-Hypothek abzutragen – vergrößern dürfen wir sie nicht.

Ob CCS gelingt, ist ungewiss

Die Abscheidung und sichere unterirdische Verpressung von Kohlendioxid wird vielleicht in Zukunft gelingen. Vorhersagen kann dies derzeit niemand. Daher ist es nicht verantwortbar heute neue Kohlekraftwerke mit dem Versprechen auf eine zukünftige Nutzung von CCS zu bauen.

Kein konventionelles Kohlekraftwerk mit hohen Emissionen von Treibhausgasen darf mehr in Betrieb gehen.

Wir brauchen eine offene gesellschaftliche Debatte über den sinnvollen Einsatz von CCS. Dort, wo es Nutzungskonkurrenzen (z.B. mit der Geothermie) gibt, müssen die Erneuerbaren Energien Vorrang haben.

Deutschland muss Vorbild sein

Der Klimawandel ist ein globales Problem. Ohne internationale Verträge mit einer ausgewogenen Lastenverteilung gibt es keine Lösung. Aber gehandelt werden muss vor Ort. Der größte Beitrag, den Deutschland leisten kann, besteht darin, einen Modernisierungsweg einzuschlagen, der Klimaschutz und Ökonomie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang bringt und sich aufgrund seiner Erfolge zur Nachahmung empfiehlt. Das heißt vor allem: Versorgungssicherheit zu fairen Preisen bei drastischer Verminderung der Treibhausgasemissionen. Wir werden andere Nationen nur einbinden, wenn Deutschland seine Klimaziele glaubwürdig umsetzt.

Mit Atom- und neuen Kohlekraftwerken wird dies unmöglich.

Wir fordern Sie daher auf: orientieren Sie Ihre künftige Energiepolitik an den Herausforderungen des Klimaschutzes! Sorgen Sie mit dafür, dass Deutschland und die EU sich beim Klimagipfel in Kopenhagen für ein Abkommen einsetzen, dass Ziele auch über 2020 hinaus festschreibt.